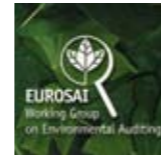


UMSETZUNG DES NATURA 2000-NETZWERKS IN EUROPA parallel audit folgender Rechnungshöfe:



Austrian Court of Audit



Supreme Audit Office of the Czech Republic



National Audit Office of Estonia



National Audit Office of Finland



Court of Accounts of France



State Audit Office of Hungary



National Audit Office of the United Kingdom

National Audit Office

Coordinated by the Court of Accounts of France
with the technical assistance of the European Court of Auditors

Zu finden ist der Bericht auf der Homepage des Rechnungshofes unter
<http://www.rechnungshof.gv.at/internationales/kooperationen.html>



BERICHT UMSETZUNG DES NATURA 2000-NETZWERKES IN EUROPA



SCHLUSSFOLGERUNGEN AUS DER KOORDINIERTEN PRÜFUNG NATURA 2000

Die Obersten Rechnungskontrollbehörden (ORKB) von Österreich, Estland, Finnland, Frankreich, Tschechien, Ungarn und dem Vereinigten Königreich überprüften in den Jahren 2006 und 2007 im Rahmen einer koordinierten Prüfung die nationale Situation bei der Umsetzung des Natura 2000-Netzwerks in den jeweiligen Ländern.

Diese Prüfung hat es den teilnehmenden ORKB ermöglicht, die nationalen Prozesse auf europäischer Ebene zu vergleichen. Sie hat einen Überblick über die gemeinsamen Schwierigkeiten und Verzögerungen bei der Umsetzung der beiden EU-Richtlinien und über die Gründe für diese Verzögerungen gegeben. Damit bringt dieser Bericht einen Mehrwert zu den nationalen Berichten und zusätzlichen Informationsgehalt für die Entscheidungsträger auf nationaler und europäischer Ebene.

Er soll das Bewusstsein für Naturschutzziele insgesamt und das Natura 2000-Netzwerk im Speziellen heben und kann so zur Diskussion über Naturschutz und Biodiversität in der EU und in den Arbeitsgruppen über Umweltprüfung der INTOSAI und der EUROSAI beitragen.

Am 3. Juni 2008 unterzeichneten die Präsidenten der beteiligten ORKB am VII. EUROSAI-Kongress in Krakau unter Abwägung der Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Natura 2000-Netzwerks in den beteiligten Ländern die folgenden Schlussfolgerungen und gemeinsamen Empfehlungen:

1. Umsetzung

Die meisten geprüften Länder konnten die EU-Richtlinien nicht in einem angemessenen Zeitraum umsetzen. Das führte zu zahlreichen Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedstaaten. Einer der Hauptgründe dafür war, dass sowohl die Mitgliedstaaten als auch die Europäische Kommission den Ressourcenaufwand für eine zeitgerechte Umsetzung der beiden Richtlinien nicht richtig einschätzten. Das gilt insbesondere für die Phase der Auswahl und Nominierung der Gebiete. Sie unterschätzten das notwendige „Ausmaß“ an Fachwissen und Daten, an benötigter Zeit für Information und Beratung der zahlreichen lokalen Entscheidungsträger sowie für die Erstellung geeigneter Managementpläne.

Aufgrund der Prüfung wird der Europäischen Kommission empfohlen, die neuen Mitgliedstaaten verstärkt zu unterstützen und nachdrücklich auf die für die ordnungsgemäße Umsetzung dieser Politik erforderlichen Ressourcen zu verweisen.

In einigen der teilnehmenden Länder lag der Hauptgrund für den erhöhten Aufwand bei der Umsetzung der Richtlinien im Diskussionsbedarf mit den betroffenen Regionen, diese Politik zu akzeptieren. Dadurch wurden in den Mitgliedsstaaten zusätzliche Ressourcen für Information und Beratung notwendig, was sich im Allgemeinen als erfolgreich erwies. In einigen Fällen war aber der Druck der Europäischen Kommission erforderlich, um die Bildung des Netzwerkes abzuschließen.

2. Entscheidungsfindung

Obwohl die Beteiligten im Allgemeinen die Gleichen sind (staatliche und/oder nationale Agenturen, regionale oder lokale Regierungsstellen, Landbesitzer oder Bauern, lokale Vereinigungen oder NGO), unterscheiden sich die Umsetzungsinstrumente wie Verordnungen oder Verträge, die Einflussmöglichkeiten zwischen den betroffenen Ministerien für Landwirtschaft- oder Umwelt – also die Projektführung – in den Ländern stark. Diese Vielfalt in der Entscheidungsfindung wird von den Richtlinien zugelassen und erleichtert die Anpassung an die spezifischen lokalen Bedürfnisse in jedem Mitgliedstaat; daher ist dies vertretbar.

In einigen Ländern führten die jeweiligen Verantwortungsbereiche der betroffenen Ministerien für Landwirtschaft- oder Umwelt zu unnötigem Koordinierungsaufwand und teilweise zu Ungereimtheiten bei den Durchführungsmethoden.

Es wird der Europäischen Kommission empfohlen, möglichst viel zusätzliches unterstützendes Material über Monitoring-Systeme zur Überwachung des Erhaltungszustands der geschützten Gebiete und Arten bereitzustellen, um einen objektiven Vergleich zwischen den Mitgliedstaaten zu ermöglichen.

3. Kosten, Finanzierung und Auswirkungen

Im Zuge der koordinierten Prüfung war es nicht möglich, in den Ländern die – sicherlich hohen – Kosten für die Umsetzung des Natura 2000-Netzwerkes genau festzustellen. Daten sollten auf nationaler Ebene in einem vergleichbaren Raster gesammelt werden, wobei folgende klare Unterscheidungen getroffen werden müssten:

- Anfängliche Investitionen und Betriebsausgaben
- Europäische und nationale Finanzierungsquellen
- Anteil der EU-Mittel, die speziell für Natura 2000-Maßnahmen gewidmet sind

In Anerkennung der damit verbundenen Schwierigkeiten wird empfohlen, auf nationalem Niveau geeignete Indikatoren zu erarbeiten, um Kosten und Effizienz der unterschiedlichen Methoden zu vergleichen, die für die Erreichung der Natura 2000-Ziele angewendet werden.

Auch eine Schätzung der Auswirkungen des Natura 2000-Netzwerkes auf den Naturschutz wurde in einigen Prüfungen durchgeführt. Die wesentliche Erkenntnis war, dass das Natura 2000-Netzwerk den Naturschutz gestärkt und in einigen Ländern größere Stabilität der Naturschutzmaßnahmen gegenüber dem herkömmlichen System erzielt hat.

Die Prüfungen zeigten, dass in den meisten Ländern noch immer Bedarf an Bewusstseinsbildung bei den Entscheidungsträgern hinsichtlich der vollen Bedeutung der Biodiversität besteht. Es ist eine ständige Herausforderung für die politischen Entscheidungsträger, die notwendige Unterstützung der Bevölkerung für den umfassenden Charakter dieser Politik und den daraus resultierenden wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Nutzen zu erreichen oder zu erhalten.